

Die Fraktionen CDU und SPD stellen jeweils einen Antrag.

Es wird zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt:

Der Rat der Stadt Sprockhövel erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und der Seenotrettung vor dem Hintergrund der Forderung an die internationale Staatengemeinschaft solidarisch, eine gemeinsame Lösung für das menschliche Elend in den Flüchtlingslagern so schnell wie möglich zu finden und staatliche Interessen (politisches Kalkül und Machtspiele) nicht länger auf den Rücken der Menschen auszutragen.

Alle Menschen auf der Flucht, die der Obhut der Stadt Sprockhövel durch ihre Zuteilung anvertraut werden, sind herzlich willkommen, werden hier schnell und unkompliziert aufgenommen und untergebracht. Sie sollen hier einen Ort zum Ankommen finden – einen „Sicheren Hafen“.

Dies bedeutet, dass ihnen hier ein gutes und sicheres Leben gewährleistet und alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung sowie gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung gestellt werden. Alle unternommenen Handlungen sollen stets öffentlich transparent gemacht werden.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12 x CDU	6 x SPD	1 x Bündnis 90 / Die Grünen
8 x Bündnis 90 / Die Grünen		
4 x SPD		
3 x FDP		
2 x WfS		
1x MiS		
1 x BM		
Gesamt: 31	Gesamt: 6	Gesamt: 1

Der Antrag der CDU-Fraktion ist angenommen.

Als nächstes erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion:

Der Rat empfiehlt der Stadt Sprockhövel sich dem Bündnis Seebrücke vollumfänglich anzuschließen.

Der Rat empfiehlt der Stadt im Einzelnen:

1. öffentlich ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE zu erklären sowie sich für sichere Fluchtwege und die Unterstützung der Seenotrettung einzusetzen,
2. zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sich für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von Menschen auf der Flucht, z.B. aus Seenotrettung oder Flüchtlingslagern wie Moria, einzusetzen und selbst zusätzliche Plätze bereitzustellen,
3. ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten und alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung sowie gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung zu stellen,
4. alle unternommenen Handlungen stets öffentlich transparent zu machen.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8 x Bündnis 90 / Die Grünen	12 x CDU	1 x Bündnis 90 / Die Grünen
6 x SPD	3 x FDP	1 x SPD
	3 x SPD	
	2 x WfS	
	1 x MiS	
	1 x BM	
Gesamt: 14	Gesamt: 22	Gesamt: 2

Somit ist der Antrag abgelehnt.